

Offizieller Besuch von Bundesrat René Felber in Oesterreich,  
Bregenz, 23. Februar 1988, Gespräch mit Vize-Kanzler und  
Aussenminister Alois Mock1. Allgemeines

Der traditionell erste Auslandbesuch fand auf Einladung von Vize-Kanzler und Aussenminister Mock (M) in Bregenz statt. Die Angelegenheit Waldheim kam während der Gespräche nicht zur Sprache. Die Presse nahm die Erklärung von M zur Kenntnis, dass das Treffen auf oesterreichischen Vorschlag hin in Bregenz durchgeführt wurde, nicht zuletzt auch um der von der Bundesregierung verfolgten Politik der Aufwertung der Bedeutung der Bundesländer Rechnung zu tragen.

Die Gespräche verliefen in entspannter und harmonischer Atmosphäre und schlossen sich nahtlos an den erst vor drei Wochen erfolgten Besuch von Bundeskanzler Vranitzky in der Schweiz an (vgl. Information hebdomadaire vom 8.2.88).

Im Mittelpunkt der Gespräche stand ein neuerlich umfassender Meinungsaustausch über Fragen der europäischen Zusammenarbeit, in welchem gewisse unterschiedliche Beurteilungen zwischen SPO-Obmann Vranitzky und OEV-Obmann Mock klar zum Ausdruck kamen. Weitere Themenkreise: Ost-West-Beziehungen, KSZE-Verhandlungen in Wien, bilaterale Fragen.

2. Europäische Zusammenarbeit

Die oesterreichische Bundesregierung wird, gestützt auf die Regierungserklärung im Dezember 87, ihre Integrationspolitik weiterhin auf drei Pfeiler abstützen:

- Multilateral im Rahmen der EFTA
- Bilateral
- Autonomer Nachvollzug von EG-Regelungen.

Diese Regierungserklärung schliesst bekanntlich auch eine Beitrittsoption mit ein.

M, der sich als OEV-Obmann mit klaren Worten zu dem im Januar 88 gefassten OEV-Parteibeschluss eines möglichst baldigen EG-Beitrittes, unter Neutralitätsvorbehalt, bekennt, hält als stellvertretender Regierungschef fest, dass Oesterreich im Hinblick auf die möglichst umfassende Teilnahme am europäischen Binnenmarkt im Laufe der nächsten Jahre verstärkte Anstrengungen für eine weitere Annäherung an die EG unternehmen werde. Dies sowohl im institutionellen als auch im gesetzgeberischen Bereich. Laut M ist im Laufe dieses Jahres mit Sicherheit nicht mit einem Beitrittsgesuch zu rechnen, doch will M (im klaren Gegensatz zu Vranitzky) entsprechende Schritte für die absehbare Zukunft (auch 1989) keineswegs ausschliessen. Eine OEV-Arbeitsgruppe unter der Leitung des am Mittagessen anwesenden vorarlbergischen Regierungschefs Purtscher, einem vehementen Beitrittsbefürworter, ist derzeit damit beschäftigt, die Grundlagen für die Unterbreitung eines allfälligen Beitrittsgesuches auszu-



arbeiten. Klar zum Ausdruck kommt gerade hier im Vorarlberg der starke Beitrittsdruck seitens der oesterreichischen Industrie, dem durch die Regierungserklärung mit Beitrittsoption und dem OEVP-"Beitrittsbeschluss" zusätzlicher Aufwind gegeben wurde.

Auf der andern Seite legt sich auch M darüber Rechenschaft ab, dass nach der in den letzten Monaten ausgesprochen nach vorne ausgerichteten EG-Politik nun mehr eine gewisse Denkpause notwendig ist. Die Bundesregierung wird, so M, in nächster Zeit eine gewisse Zurückhaltung üben.

Bei diesem Entschluss dürfte die vor kurzem öffentlich geäußerte sowjetische Skepsis (UdSSR-Botschafter in Wien) gegenüber einem oesterreichischen EG-Beitritt eine nicht zu unterschätzende Rolle gespielt haben. M kommentiert die sowjetischen Äusserungen als in "Form äusserst korrekt", in der Substanz aber weder neu noch dramatisch. Die UdSSR hätte wiederholt klar zum Ausdruck gebracht, dass sie volles Verständnis für eine Teilnahme Oesterreichs am Binnenmarkt (Verwirklichung der vier Freiheiten) aufbringe. Die oesterreichische Bundesregierung als auch die OEVP, so M, hätten stets erklärt, ein Beitritt sei lediglich unter voller Aufrechterhaltung der Neutralität denkbar, wobei die Definition der Neutralität allein Oesterreich obliege und vom Staatsvertrag nicht berührt werde. Aus diesen Gründen dürfen laut M die Äusserungen des sowjetischen Botschafters nicht überbewertet werden.

4 Aspekte der Ausführungen von M verdienen noch der besonderen Erwähnung:

- M betonte die Unabrückbarkeit der nach schweizerischem Vorbild gestalteten oesterreichischen Neutralität. Dies auch im Falle eines allfälligen späteren EG-Beitrittes. Gleichzeitig wies er jedoch darauf hin, dass die oesterreichische Neutralität in den letzten Jahren eine gewisse Entwicklung (Anpassung ?) durchgemacht hätte, die einen EG-Beitritt nicht mehr grundsätzlich ausschliessen würde.
- M weist darauf hin, dass die benachbarten Ostblockländer (namentlich Ungarn und die CSSR) die Annäherung Oesterreichs an die EG mit grossem Interesse verfolgen und dieser Entwicklung grundsätzlich positiv gegenüber stehen. Dies laut M aus zwei Gründen:
  1. Angesichts der (auch wirtschaftlichen) Brückenkopffunktion Oesterreichs wäre Oesterreich als EG-Mitglied ein willkommenes Bindeglied für die an einem Ausbau des Westhandels interessierten Nachbarstaaten.
  2. Ein EG-Beitritt Oesterreichs würde laut M das Bestreben des COMECON's an einer Intensivierung der Beziehungen zu Brüssel erleichtern.
- M beurteilt den Ausgang des EG-EFTA-Binnenmarktministertreffens in Brüssel als insgesamt positiv. Im Gegensatz zur schweizerischen Analyse sieht er in der von der EG-Kommission (De Clerq) unmissverständlich vertretenen Haltung der Herstellung eines Unterschiedes zwischen europäischem

Wirtschaftsraum und EG-Binnenmarkt und der daraus resultierenden Ablehnung einer länderspezifischen Globalformel bzw. Sonderstatus mit Neutralitätsvorbehalt, keinen Dämpfer für die oesterreichische Vorwärtsstrategie.

- Oesterreich rechnet gemäss M mit einer fortschreitenden EG-Entwicklung auf der Basis "à deux vitesses". Im politischen Bereich wird sich nach Auffassung von M der supranationale Charakter der EG nicht notwendigerweise verstärken. Diese Auffassung, die von BRF nicht unwidersprochen bleibt, wird gemäss M die von Oesterreich angestrebte politische Annäherung an die EG (inklusive Teilnahme an der EPZ) einfach gestalten.

BRF betont, dass auch für die Schweiz eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit der EG im Hinblick auf die Schaffung eines dynamischen und homogenen europäischen Wirtschaftsraumes von vorrangigem Interesse ist.

Im klaren Unterschied zu Oesterreich habe man sich in der Schweiz jedoch weder seitens der Regierung noch einzelner Regierungsparteien in irgendeiner Form für eine Beitrittsoption ausgesprochen. Angesichts der bekannten institutionellen Hindernisse (Föderalismus, direkte Demokratie, Neutralität) als auch gewisser wirtschaftlicher Aspekte (z.B. Freizügigkeit im Personenverkehr, Landwirtschaft) stehe die Beitrittsoption in der Schweiz heute nicht zur Diskussion. Gleichwohl sei das Interesse der schweizerischen Öffentlichkeit an der EG-Problematik stark gestiegen. Dieser Entwicklung werde auch seitens des Bundesrates Rechnung getragen (Antwort zum Postulat NR vom 4.3.87; Schaffung der Groupe de réflexion; Prüfung der EG-Kompatibilität bei neuen Gesetzesvorlagen; etc.)

Die Stimmung in der Schweiz lasse sich wie folgt zusammenfassen: "Avancez, mais n'allez pas trop vite et ne concluez pas". Der Bundesrat werde auch weiterhin die Politik des pragmatischen Vorgehens im Bereiche der wirtschaftlichen Zusammenarbeit fortsetzen und, wo nötig, weiter intensivieren. Im politischen und institutionellen Bereich sei aus schweizerischer Sicht, so BRF, kein übereiltes Vorgehen am Platz, zumal sich die Frage der Realisierung der politischen Integration Europas mit Bestimmtheit nicht vor Ende des nächsten Jahrzehnts stellen werde.

Uebereinstimmend sprachen sich BRF und M für eine Weiterführung und Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen den Neutralen und EFTA-Staaten aus.

### 3. Ost-West-Beziehungen

In der Beurteilung der Ost-West-Beziehungen ist eine weitgehende Uebereinstimmung festzustellen. Die Fortschritte des INF-Abkommens werden namentlich in einer Verbesserung des politischen Klimas zwischen Washington und Moskau gesehen. Notwendig seien jetzt vor allem Fortschritte im Bereiche der chemischen Waffen als auch im konventionellen Bereich.

M, der sich Mitte Juli zu Gesprächen nach Moskau begeben wird, beurteilt die Erfolgsaussichten der Reformen Gorbatschows eher optimistisch. Die derzeitige 3. Entspannungsphase (1. Phase: 50er Jahre; 2. Phase: Mitte 70er Jahre mit KSZE) sei in hohem Ausmasse zu begrüßen und verdiene eine kräftige Unterstützung des Westens, wenn auch, wie die Vergangenheit bewiesen habe, Rückschläge unausweichlich seien. Oesterreich ist aufgrund seiner geo-politischen Lage in besonderem Ausmasse an Fortschritten der Reformbemühungen in der UdSSR, vor allem aber auch in den übrigen Ostblockstaaten interessiert. Neben Ungarn und Polen beurteilt M auch die Entwicklungen in der CSSR mit verhaltenem Optimismus. Im direkten Verkehr mit Prag zeichneten sich spürbare Fortschritte (Grenzverkehr; evt. baldige Etablierung von Kulturinstituten) ab. Mit Ungarn hofft Oesterreich angesichts der für Mitte der 90er Jahre in Aussicht genommenen gemeinsamen Weltausstellung in Budapest auf eine spürbare qualitative Verbesserung der bereits heute sehr intensiven Beziehungen.

BRF betont, die Schweiz verfolge die Entwicklungen in der UdSSR und deren Nachbarstaaten mit grossem Interesse, doch sei es noch verfrüht, ein abschliessendes Urteil über die Erfolgsaussichten der UdSSR-Reformen zu fällen. Hinsichtlich der Entwicklungen in Afghanistan sei es wohl notwendig, dass die UdSSR im Hinblick auf den vorgesehenen Abzug der Truppen möglichst bald auch informelle Kontakte mit Kreisen des Widerstandes in die Wege leite. Eine schweizerische Bereitschaft zur Hilfeleistung der Vermittlung solcher Kontakte sei der UdSSR vergangene Woche in Bern offeriert worden (vgl. directives politiques vom 22.2.88).

M gibt schliesslich noch der ernsthaften oesterreichischen Besorgnis über die Entwicklungen in Jugoslawien Ausdruck und erneuert den von Bundeskanzler Vranitzky in Bern geäusserten Wunsch nach einer koordinierten Hilfeleistung benachbarter und befreundeter Staaten. M will das Ersuchen um gemeinsame Hilfe auch an der nächsten EFTA-Ministersitzung wieder zur Sprache bringen.

BRF verweist auf die von Bundespräsident Stich gegenüber Bundeskanzler Vranitzky vertretene schweizerische Haltung, wonach die Schweiz einen regelmässigen Informationsaustausch der direkt interessierten Staaten begrüsse und bereit sei zu prüfen, inwieweit eine koordinierte, punktuelle Wirtschaftshilfe realisiert werden könnte.

#### 4. KSZE

Beidseits zeigt man sich besorgt über den schleppenden Fortgang der Verhandlungen in Wien, die seit Wiederaufnahme im Januar praktisch nicht vom Fleck gekommen sind. Man ist sich einig, dass in der bevorstehenden Schlussphase angesichts der gegenwärtigen Blockierung den N + N-Staaten eine entscheidende Rolle zukommt. Von grosser Bedeutung ist, dass der Zeitpunkt des Einbringens des Kompromissdokumentes richtig gewählt wird.

M möchte zu einem N + N-Ministertreffen einladen, um dem N +

N-Kompromissdokument, das im Anschluss an das Treffen eingebracht werden würde, das nötige Gewicht und Momentum zu verleihen. Als Zeitpunkt für das Treffen schlägt M Mitte April vor.

BRF begrüsst die Durchführung eines Ministertreffens, schlägt jedoch aus terminlichen Gründen (Ostern, Konferenzverlauf) einen etwas späteren Zeitpunkt (Mai) vor. Ein definitives Datum wird nach Konsultation der übrigen N + N-Staaten festgelegt.

BRF teilt mit, dass die Schweiz nicht Kandidat für die Durchführung der beiden Nachfolgekonferenzen im militärischen Bereich sei. Die Schweiz unterstützt die Kandidatur Wiens. Genf stelle lediglich eine Option für den unwahrscheinlichen Fall einer Nichteinigung auf Wien dar.

M dankt für diese klaren Worte und ist zuversichtlich, dass auch mit Paris eine baldige Einigung betreffend Wien erzielt werden kann.

## 5. Nahost

In einem kurzen Tour d'horizon gibt M der oesterreichischen Besorgnis über die nach den andauernden Unruhen in den besetzten Gebieten zunehmende Verhärtung der Fronten Ausdruck. Je länger eine Lösung auf sich warten lasse, desto schwieriger gestalte sich der gesamte Friedensprozess.

BRF teilt diese Besorgnis, die im weiteren Sinne auch für den Libanon gelte, wo nach wie vor chaotische Verhältnisse herrschten. BRF weist in diesem Zusammenhang kurz auf die jüngsten gegen die Schweiz gerichteten Drohungen im Zusammenhang mit dem in Genf im Juni stattfindenden Prozess gegen den libanesischen Flugzeugentführer Hariri hin.

## 6. Bilaterale Fragen

Die bilateralen Beziehungen werden beidseits als ausgezeichnet charakterisiert. Die wenigen bestehenden Probleme sind eher technischer Natur und beruhen auf den intensiven und alles in allem äusserst gut funktionierenden grenz-nachbarlichen Verkehr.

Uebereinstimmung herrscht darüber, dass im Bereiche der Verkehrspolitik (Transit- und Transportfragen) im Hinblick auf die im Gange befindlichen Konsultationen mit der EG-Kommission der enge Informations- und Meinungsaustausch zwischen den beiden Regierungen weitergeführt werden muss.

Von oesterreichischer Seite werden schliesslich folgende bilateralen Grenzprobleme zur Sprache gebracht, die allesamt direkt oder indirekt mit dem Vorarlberg (Tagungsort Bregenz.) in Verbindung stehen:

- Flugplatz Altenrhein / Lärmimissionen

M ersucht um eine speditive Behandlung der seit Jahren anstehenden Angelegenheit. Schweizerischerseits sollen die ausstehenden Unterlagen betreffend Flugfrequenzen etc. möglichst bald zur Verfügung gestellt werden; gewisse Unterlagen betreffend die Lärmimissionen und die Umweltbelastung müssen auch noch von der oesterreichischen Seite produziert werden.

BRF weist auf die wirtschaftliche Bedeutung hin, die der Flugplatz Altenrhein für die gesamte Grenzregion hat. Er ist jedoch zuversichtlich, dass die nächste Verhandlungsrunde (Frühsummer 88) eine weitere Annäherung der Standpunkte bringen wird, die den wirtschaftlichen und oekologischen Interessen der gesamten Region (beidseits der Grenze) Rechnung tragen wird.

- Abkommen über Katastrophenhilfe (u.a. auch bei Nuklearunfällen)

M wünscht, dass die Verhandlungen betreffend ein bilaterales Abkommen zur gegenseitigen Information und Hilfe im Falle von Katastrophen und Nuklearunfällen möglichst bald an die Hand genommen werden. Oesterreich verfüge bereits über derartige Abkommen mit der CSSR und Ungarn, mit der BRD seien die Gespräche im Gang. Oesterreich und der Vorarlberg im besonderen hätten ein grosses Interesse an einem Abkommen mit der Schweiz. Oesterreich werde demnächst der Schweiz einen Vertragsentwurf unterbreiten. BRF hält fest, dass die Schweiz entsprechende Abkommen bereits mit der BRD und Frankreich abgeschlossen hat und für die Aufnahme für Verhandlungen mit Oesterreich bereit sei.

Folgende drei bereits anhängigen bilateralen Fragen werden von M pro memoria noch erwähnt:

- Ausbau des Lärmschutzes auf der Autobahn St. Gallen - St. Margareten im Grenzbereich Höchst und Gaissau
- Grosskläranlage Altenrhein/St. Gallen
- Arbeitsbewilligung für oesterreichische Montagearbeiter im Kanton Graubünden

BRF nimmt diese Anliegen zur Kenntnis und stellt eine Beantwortung durch die zuständigen Bundesstellen, in Absprache mit den kantonalen Behörden, auf dem diplomatischen Wege in Aussicht.

visite de l'ambassadeur ruegg en arabie saoudite du 21 au 26  
fevrier 1988.

r a ete recu au cours de son sejour par les personnalites suivantes: le ministre des affaires etrangeres; le prince saud al faisal, le ministre des finances et de l'economie; le sheikh mohammed abalkhail, le vice-ministre pour les affaires politiques ainsi que hauts responsables m.a.e., les vice-ministres du petrole et des ressources minerales, ainsi que de l'industrie et de l'electricite, le secretaire general adjoint du conseil de cooperation du golfe, le president du croissant rouge saoudien. il a en outre eu des echanges de vue avec nombre d'ambassadeurs accredites a riyadh.

tous les entretiens se sont deroules dans une ambiance franche et amicale., les interlocuteurs saoudiens etant manifestement satisfaits de l'initiative de prise de contact suisse. les entretiens se sont essentiellement concentres sur les questions palestinienne et afghane, la guerre du golfe et l'avenir economique et financier du royaume a court terme.

sur le plan bilateral, l'absence de veritables problemes a ete constatee avec satisfaction de part et d'autre.

sejour se conclura par breve visite r djeddah ou aura contacts avec communaute d'affaires suisse et ses partenaires saoudiens ainsi qu'avec secretaire general de la conference islamique.

Gespräche von Bundesrat J.-P. Delamuraz  
und Staatssekretär F. Blankart mit dem  
italienischen Aussenhandelsminister  
Renato Ruggiero  
in Bern, 11. Februar 1988

---

Die Gespräche ermöglichten einen sehr offenen Austausch der Ansichten und Standpunkte über Lage der Weltwirtschaft, wirtschaftliche Tendenzen in Italien und in der Schweiz, europäische Integration, Resultate und Aussichten der Uruguay-Runde des GATT sowie eine Reihe aktueller bilateraler Probleme.

#### Europäische Integration

Aussenhandelsminister Ruggiero (R.) äusserte sich sehr positiv zu den Ergebnissen des EG-Ministerrates vom 2.2.88 in Brüssel und betonte, dass alle Mitglieder Opfer gebracht hätten. Im Hinblick auf 1992 meinte er, selbst wenn nicht alle Ziele rechtzeitig erreicht werden könnten, so werden doch irreversible Fortschritte zu verzeichnen sein. Neu sei schon heute, dass in den Mitgliedstaaten auch "der Mann von der Strasse" zu spüren beginne, dass Europa eine Realität in seinem Leben - und nicht nur eine Bürokratie in Brüssel - sei.

Zu den Beziehungen EG - Schweiz betonte er, dass die Gemeinschaft möglichst alle vier Freiheiten - betreffend Güter, Kapital, Dienstleistungen und Personen - verwirklichen wolle und die übrigen Staaten Europas es schwer haben werden, davon nur das herauszunehmen, was ihnen besonders nahe liege. Italien habe indessen Verständnis für die Positionen der Schweiz gegenüber der Gemeinschaft; als EG-Mitglied der ersten Stunde sei sein Land nicht der Versuchung ausgesetzt, die Trennungslinie zwischen "in" und "out" besonders zu betonen. Doch da sich die Zwölfergemeinschaft jetzt vorwiegend mit ihren internen Problemen auseinandersetzen müsse, sei die "marge de manoeuvre" gegenüber den EFTA-Staaten kleiner geworden.

Für die EFTA wäre es nach R. gut, wenn sie sich vermehrt als einheitlicher Gesprächspartner profilieren könnte, damit die EG nicht über jedes Problem sechs ähnlich liegende Verhandlungen zu führen hätte.

Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz betonte demgegenüber, dass die Schweiz nicht beabsichtige, ein "halbes Mitglied" der EG zu werden. Man sei sich des Preises der eigenen Haltung auch bewusst. Den Fortschritten der EG stehe man positiv gegenüber, denn man wünsche sich eine starke, verhandlungsfähige EG. Man habe sich in der Schweiz an eine gewisse "vitesse de croisière" gewöhnt, die es nun der der Beschleunigung bei den Partnern anzupassen gelte. Man müsse berücksichtigen, dass die damit gestellten Fragen für die Schweiz vor allem eine interne Herausforderung darstellen; eine gewisse Beunruhigung sei deshalb neuerdings festzustellen.

Staatssekretär Blankart führte aus, man müsse die Beziehungen Schweiz - EG im Hinblick auf den vollendeten Binnenmarkt möglichst pragmatisch entwickeln. Durch die Zusammenarbeit wolle man gemeinsam eine Teilung Westeuropas vermeiden, was am besten mit praktischen Lösungen auf möglichst vielen Sachgebieten verwirklicht werden könne. Insbesondere sollte vermieden werden, dass durch gegenseitige Unkenntnis von Fakten und Absichten neue Divergenzen geschaffen werden. Frühzeitige Konsultationen, ohne eine formelle Konsultationsvereinbarung, seien vordringlich.

R. zeigte sich erfreut über den Realismus der Schweiz und legte demgegenüber dar, dass sich die EG nicht in sich verschliessen wolle, dass sie aber vermeiden wolle, "Eroberungsgebiet für Staaten mit anderen Regeln" zu werden. Um sich mit den EFTA-Staaten abzustimmen, brauche es nicht unbedingt eine formelle Verpflichtung, aber der reine Pragmatismus könne schwerlich genügen. Er rief die EFTA-Staaten auf, imaginativ zu sein und mit Vorschlägen an die EG heranzutreten.

Die Schweizer Seite drückte weiter ihre Bedenken bezüglich eines "hegemonialen Ansatz" der EG aus, bei dem die Gemeinschaft ihren Weg geht und es den andern überlässt, ihr zu folgen. Botschafter Lévy erläuterte die schweizerischen Vorschläge zur Regelung der Ursprungsfragen, wozu auch ein Memorandum überreicht wurde. Zwecks Vertiefung der technischen Details soll demnächst ein Experte des BAWI zusammen mit einem Industrievertreter die Materie mit italienischen Fachleuten besprechen.

#### Weltwirtschaft und GATT: Uruguay-Round

Bundesrat Delamuraz vermittelte R. auf dessen Wunsch Eindrücke seines Besuchs in den USA. Bei der Beurteilung der weltwirtschaftlichen Lage und Perspektiven betonte R., dass die

internationale "wirtschaftlichen Umgebung" mit sehr vielen Schwierigkeiten belastet sei, und äusserte starke Zweifel daran, dass sich die bestehenden Ungleichgewichte in absehbarer Zeit überwinden lassen. Er betonte die Gefahren, die sich aus der Reduktion des Handelsdefizites der USA ergeben, insbesondere die stärkere Konkurrenz mit Europa auf Drittmärkten.

Nach R. kann man sich der GATT-Fragen auf zweierlei Weise annehmen: Entweder man tut, als ob die Welt und das GATT bleiben, wie sie bisher waren, oder man suche zu sehen, was auf uns zukommt und wie demnach das GATT-System funktionieren müsste. Die Weltwirtschaft befinde sich in einem "Prozess zunehmender Regionalisierung" bei gleichzeitiger Gefahr der Bilateralisierung der Beziehungen. Das GATT sei zu sehr isoliert vom System der wichtigsten wirtschafts- und währungspolitischen Entscheidungen der Regierungen (es sei ein Organismus der Funktionäre, nicht der Minister). Eine gewisse Politisierung wäre nützlich. Es müsste sich mehr auch den ganz grossen Problemen des Welthandels widmen, zum Beispiel demjenigen der NICs.

Zum Thema GATT legte Bundesrat Delamuraz dar, dass man als Kleinstaat ein besonderes Interesse am Gelingen dieser Verhandlungen habe. Dabei müsse man auf breiter Front vorankommen, und - wenn auch mit Flexibilität - keine Teilaspekte vernachlässigen. Bei den sehr wichtigen Fragen der Landwirtschaft suche die Schweiz Lösungen, die eine Anpassung an die Besonderheiten der einzelnen Staaten erlaube.

Botschafter De Fury erläuterte die schweizerische Beurteilung des Standes der Uruguay-Runde. In Montreal sollten deutliche Signale eines Fortschrittes gegeben werden. Betreffend Landwirtschaft müsse man sich noch über den Gegenstand der Regelungen einigen und ob dringliche Massnahmen notwendig und möglich seien. R. findet, dass die USA hier nicht mitspielen, sie seien misstrauisch, wogegen die EG ein grosses Interesse habe, auf allen Gebieten weiterzukommen, auch in den Fragen der landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Die USA machten hier nach seiner Ansicht einen grossen Fehler. Unter den Vorschlägen der Schweiz fand er diejenigen bezüglich des Schutzes des geistigen Eigentums besonders interessant.

### Bilaterale Beziehungen

Beidseitig wurde festgestellt, dass sich der bilaterale Handel erfreulich entwickelt und dass nur wenige, untergeordnete Probleme bestehen, die direkt den Gütertausch betreffen. Zu einigen offenen Fragen (diskriminierende Anwendungsbestimmungen bei Beihilfen für die Anschaffung hochtechnologischer Maschinen, erschwerter Marktzugang für eine schweizerische Hochseeschiffahrtsgesellschaft in Italien, Transportabkommen für Kriegs- und Krisensituationen) wurden Memoranden übergeben. Beide Seiten versprachen enge Zusammenarbeit für die speditive Ausräumung der noch verbleibenden kommerziellen Schwierigkeiten nach dem Fall der Listerien im Käse. Dies sei ein weiteres Beispiel der wachsenden Interdependenz der technischen Probleme und Massnahmen und der Märkte in Europa.

### Visite de M. le Conseiller fédéral Delamuraz au Liechtenstein

A l'invitation du Chef du Gouvernement du Liechtenstein, le Conseiller fédéral Jean-Pascal Delamuraz a effectué les 26 et 27 février 1988 une visite à Vaduz. Au programme figurait notamment une séance de travail avec une délégation du Gouvernement, présidée par M. Brunhart, à laquelle participaient notamment son suppléant Wille ainsi que Regierungsrat Ritter, responsable des questions économiques extérieures. Le Chef du DFEP a en outre rencontré le Comité de la Chambre du commerce et de l'industrie, visité l'entreprise Balzers et été reçu à déjeuner par le Prince héritier et son épouse.

Au centre de toutes les discussions figuraient les conséquences pour le Liechtenstein du mouvement d'intégration en Europe occidentale. A l'image de ce qui se passe en Suisse, une certaine inquiétude fait surface dans les milieux gouvernementaux et industriels de ce petit pays, siège de quelques entreprises multinationales à la pointe du progrès technologique. A ce problème vient se greffer la question de la couverture limitée de l'Accord douanier Suisse-Liechtenstein de 1923; en effet, nombre de nouveaux domaines qui font l'objet de pourparlers ou de négociations entre la Suisse, respectivement l'AELE, et la Communauté ne sont pas couverts par l'Accord de 1923. Il en ira vraisemblablement de même avec quelques-unes des nouvelles activités de l'AELE.

Nos interlocuteurs ont été très clairs: en aucune façon il s'agit de réviser le "Zollanschlussvertrag". Il s'agit principalement d'intensifier les processus d'information et de consultation entre Berne et Vaduz, et cela aussi bien par rapport au développement en Europe occidentale que sur le plan mondial (Uruguay-Round).

Rappelant que toutes les portes des Départements concernés étaient constamment ouvertes à nos voisins liechtensteinois, le Conseiller fédéral Delamuraz a proposé que des responsables soient nommés dans les deux capitales, l'un pour les questions d'intégration, l'autre pour le GATT, qui organiseraient ensuite des rencontres entre experts qui examineraient chacun des sujets en négociation. (Aux milieux industriels, il a recommandé de s'adresser au Vorort.) Pour lancer cette analyse plus approfondie, Berne fournira à Vaduz une documentation de base (telle que l'analyse interne du Livre blanc de la CEE sur l'achèvement du marché intérieur). Le Chef du DFEP a en outre assuré ses interlocuteurs qu'ils seraient mis en possession du futur rapport au Conseil fédéral sur l'intégration européenne avant sa parution.

En matière agricole et par rapport à la Suisse, le principal souci du Regierungsrat compétent, M. Wille, a trait à la mise à jour complète et plus régulière de l'annexe à l'Accord douanier contenant les réglementations suisses applicables au Liechtenstein. A cet effet, les experts des deux pays se réuniront le mois prochain. Si nécessaire, le Directeur de l'Office fédéral de l'agriculture pourrait rencontrer prochainement M. Wille.

BRUNNER.

Referenzen und Initialen

p.B.58.06.4 - RY/RJ

Adresse (für Telex an Dritte)


Chiffriert	Priorität	Faktura	Text erg.	F.l.
X	X			
Ja	Nein	Norm.	Dring.	Flash

Absender	Seite-Nr.
Secrétariat pol.	1

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode

wochentx

\*\*\*

Directives politiques hebdomadaires no 7/88 du 29 février 1988

Nomination du Secrétaire général du DFAE

Suite à notre information du 15 février, nous vous faisons savoir que le CF a nommé ce jour M. Rudolf Schaller Secrétaire général du DFAE. Celui-ci assumera immédiatement ses nouvelles fonctions.

Offizieller Besuch von Bundesrat René Felber in Oesterreich, Bregenz 23. Februar 1988, Gespraech mit Vize-Kanzler und Aussenminister Alois Mock

Beim traditionell ersten Auslandbesuch, der auf oesterreichische Einladung in Bregenz stattfand, standen Fragen der europaeischen Integration im Mittelpunkt. Weitere Themenkreise: Ost-West-Beziehungen, KSZE, Bilaterales. Angelegenheit Waldheim kam nicht zur Sprache.

Gespraechsprotokoll folgt mit heutiger Information Hebdomadaire (vgl auch Reflets de Presse vom 24.2.88).

Kurzfasit der Diskussion betr. Europaeische Integration: Wichtigste Zielsetzungen von CH und A sind weitgehend identisch, naemlich Intensivierung der Zusammenarbeit mit der EG im Hinblick auf die Schaffung eines EG- und EFTA-Laender umfassenden dynamischen und homogenen Wirtschaftsraum.

Klare Unterschiede bestehen in der Umsetzung dieser Zielvorstel-

Datum 29.2.88  
30.41

Telegramm



Referenzen und Initialen


Adresse (für Telex an Dritte)


Chiffriert	Priorität	Fakture	Text erg.	F.I.	Absender	Seite-Nr.
<input type="checkbox"/>		2				
Ja    Nein	Norm.    Dring.    Flash					
Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	

lungen: Waehrend fuer A ein EG-Beitritt eine Option darstellt (fuer die OeVP sogar ein eigentliches Ziel) steht fuer die Schweiz eine Beitrittsoption derzeit nicht zur Diskussion. Weder Bundesrat noch einzelne Regierungsparteien haben sich bisher in irgend einer Form fuer eine Beitrittsoption ausgesprochen. Der Bundesrat wird auch weiterhin die Politik des pragmatischen Vorgehens im Bereiche der wirtschaftlichen Zusammenarbeit fortsetzen und, wo noetig, intensivieren. Im politischen und institutionellen Bereich ist aus schweizerischer Sicht kein uebereiltes Vorgehen am Platz, zumal sich die Frage der Realisierung der politischen Integration Europas nicht vor Ende des naechsten Jahrzehntes stellen duerfte.

Brunner

////

copies : BRF/BRE/RV

NNNN

17.12.1992  
10:00

17.12.1992 10:00

Datum: \_\_\_\_\_ Visum: \_\_\_\_\_

Telex intern: \_\_\_\_\_

Bern, den 1.3.1988

BAG 0 1. März 88 14.

T E L E G R A M M (CH)

a) an die diplomatischen Vertretungen in:

7/88

- |                 |                |                  |
|-----------------|----------------|------------------|
| - Accra         | - Helsinki     | - Rabat          |
| - Addis Abeba   | - Houston      | - Riad           |
| - Alger         | - Islamabad    | - Rio de Janeiro |
| (- Amman)       | - Istanbul     | - Rom            |
| - Ankara        | - Jakarta      | - San Francisco  |
| - Athènes       | - Johannesburg | - San José       |
| - Bagdad        | - Kairo        | - Santiago       |
| - Bangkok       | - Kinshasa     | - Sao Paulo      |
| - Barcelona     | - Lagos        | - Seoul          |
| - Beirut        | - Lima         | - Stockholm      |
| - Berlin Ost    | - Lissabon     | - Teheran        |
| - Berlin West   | - London       | - Tel-Aviv       |
| - Bombay        | - Los Angeles  | - Tokio          |
| - Bonn          | - Luxemburg    | - Washington     |
| - Brasilia      | - Madrid       | - Wien           |
| - Brüssel (2)   | - Marseille    |                  |
| - Budapest      | - Mexiko       |                  |
| - Buenos Aires  | - Montreal     |                  |
| - Bukarest      | - Moskau       |                  |
| - Canberra      | - Nairobi      |                  |
| - Caracas       | - New Delhi    |                  |
| - Chicago       | - New York (2) |                  |
| - Colombo       | - Ottawa       |                  |
| - Dar es Salaam | - Oslo         |                  |
| - Den Haag      | - Paris (3)    |                  |
| - Djeddah       | - Peking       |                  |
| - Dublin        | - Prag         |                  |
| - Guatemala     | - Pretoria     |                  |
| - Havanna       |                |                  |

b) per Kurier:

Abidjan		
Abu Dhabi		
Addis Abeba	Hamburg	Panama
Akkra	Hanoi	Panmunjom
Alger	Harare	Paris (3)
Amman	Havanna	Prag
Amsterdam	Helsinki	Pretoria
Ankara	Hong Kong	Quito
Antananarive	Houston	Rabat
Asuncion	Islamabad	Rio de Janeiro
Athen	Istanbul	Rom
Atlanta	Jakarta	San Francisco
Bagdad	Johannesburg	San José
Bangkok	Kairo	Santiago de Chile
Barcelona	Karachi	Sao Paulo
Beijing	Khartoum	Singapur
Beirut	Kigali	Sofia
Belgrad	Kinshasa	Stockholm
Berlin/BRD	Kopenhagen	Strassburg+Europarat
Berlin/DDR	Kuala Lumpur	Stuttgart
Bogota	Kuwait	Seoul
Bombay	Lagos	Sydney
Bonn	La Paz	Teheran + Fremde Interessen
Bordeaux	Lima	Tel-Aviv
Brasilia	Lissabon	Tokio
Brüssel+Mission	London	Toronto
Budapest	Los Angeles	Tripolis
Buenos Aires	Luanda	Tunis
Bukarest	Luxembourg	Vancouver
Canberra	Lyon	Warschau
Caracas	Madrid	Washington
Chicago	Mailand	Wellington
Colombo	Manchester	Wien
Conakry	Manila	Yaoundé
Dakar	Maputo	Zagreb
Damaskus	Marseille	
Dar es Salaam	Melbourne	
Den Haag	Mexiko	
Dhaka	Montreal	
Djeddah	Monrovia	
Dublin	Montevideo	
Düsseldorf	Moskau	
Frankfurt a/Main	München	
Genua	Nairobi	
Guatemala	New Delhi	
	New York, UNO+GK	
	Osaka	
	Oslo	
	Ottawa	

Diverse:

- Genf, OI
- R. Mantelli, BAWI
- Divisionär Petitpierre, EMD
- R. Probst, BE (ehem. Staatssekretär)
- interne Verteilerliste

EIDGENOESSISCHES DEPARTEMENT FUER  
AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN  
Presse- und Informationsdienst

Bern, den 1.3.00

1.A.22.14.7.3. - 1A

Interne Verteilerliste

Betrifft: Information hebdomadaire 9/00

Departementsvorsteher		BRF
Dipl. Sekretär	Hr. Combernous	CD
pers. Mitarbeiter	Frau Hanselmann	
Generalsekretariat	Hr. Schaller	SRU
Politischer Direktor, Staatssekretär	Hr. Brunner	BRE
Sekretariat Staatssekretär	Hr. Barras	BF
Protokoll	Botschafter Barbey	BAC
Politisches Sekretariat	Botschafter Ramseyer	RY
Politischer Dokumentationsdienst, Kanzlei pol. Sekretariat		W 338
Politische Sonderfragen	Minister von Arx	AX
Finanz- und Wirtschaftsdienst	Minister Lautenberg Hr. Faivet	LA FB
Pol. Abteilung I	Botschafter Staehelin Hr. Pedotti	SIN PGF
Dienst Frankophonie	Hr. De Dardel	DJ
Europarat	Hr. Richard	RA
Pol. Abteilung II	Botschafter Ruegg Hr. Blickenstorfer	RUE BLI
Sektion f. kons. Schutz	Hr. Robert	RO
Auslandschweizersekretariat	Minister Fetscherin	FN
Fremde Interessen	Hr. Ghisler	GH
Direktion f. int. Organisationen	Botschafter Muheim Minister Erard Minister Gyger	MF ER GWB
Sektion Vereinte Nationen und intern. Organisationen	Hr. Hofer	HER

Sektion intern. wissenschaftliche Angelegenheiten	Hr. Creola	CRE
Sektion für intern. Umweltangelegenheiten	Hr. Schmid	SCW
Sektion f. kulturelle und UNESCO- Angelegenheiten	Hr. Luciri	LC
Sekretariat der nationalen schweiz. UNESCO-Kommission	Hr. Theurillat	TB
Direktion für Völkerrecht	Botschafter Krafft Minister Stettler Minister Godet	KT STR GT
Sektion Völkerrecht	Hr. Spinner	SPI
Sektion Entschädigungsabkommen	Hr. Bühler	BC
Sektion Staatsverträge	Hr. Rubin	RC
Sektion Landesgrenze- und Nachbarrecht	Hr. Dubois	DS
Sektion Verkehr Seeschiffahrtsamt Basel	Direktor Hulliger Stellvertr. Direktor Haenggi	HG
DVA	Botschafter Manz Frau Krieg	MA KRI
Sicherheitsbeauftragter	Hr. Iten	IT
Sektion Rekrutierung und Ausbildung des Personals	Hr. von Graffenried	GRP
Personalsektion	Hr. Kaiser/Hr. Reich	KA/RE
Sektion Buchhaltung und Informatik	Hr. Savoye	SAV
D. f. verw. rechtl. Angelegenheiten	Hr. Doswald	DW
Sektion Bezüge und Zulagen Verwaltungsinspektorat	Hr. Trinkler Hr. Castelli	TK CS
Kuriersektion	Hr. Schweizer	SRJ
Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe	Botschafter Staehelin	SFR
Stellvertr. Direktor	Hr. Wilhelm	WM
Delegierter für Katastrophenhilfe im Ausland	Hr. Bill	BH
Vizedirektor	Hr. Giovannini Hr. Högger	GI HL
Informationsdienst	Hr. Leuzinger	LP
Multilaterale Angelegenheiten	Hr. Pasquier	PA
Sektion human. Nahrungsmittelhilfe	Frau Schelling R.	SGR
Integrationsbüro EDA/EVD	Minister Kellenberger	Ke